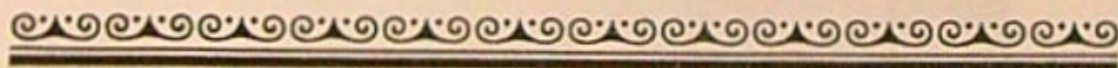


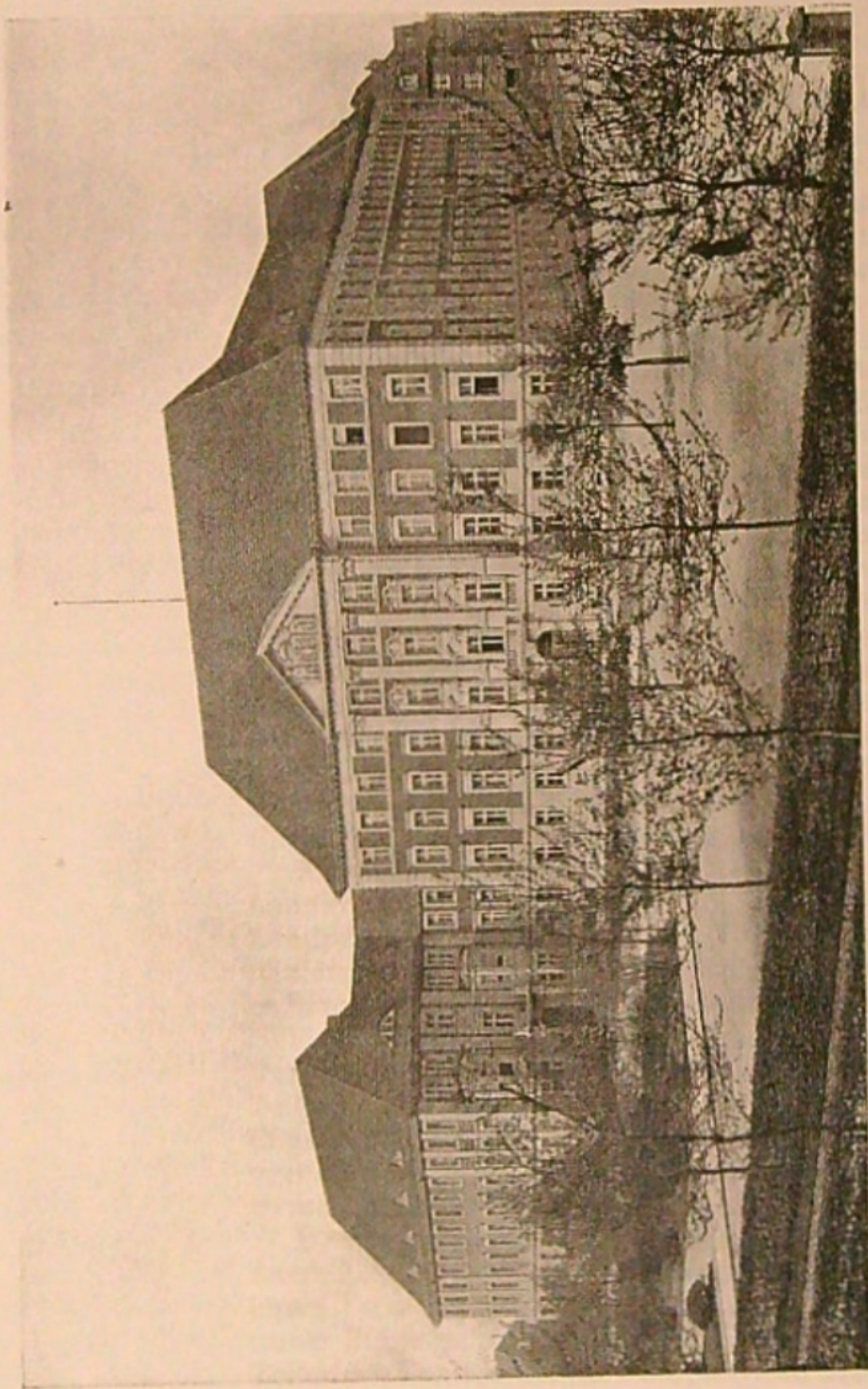
Das neue Polizeidienstgebäude in Essen

*Lieferung erfolgt.
vnu.*

*W. W. 17.
9. 55-*

Zur Erinnerung an seine Vollendung und
Übergabe am 15. Mai 1918





Das neue Polizeidienstgebäude zu Essen

Errichtung der Königlichen Polizeidirektion.

Die Geschichte der Königlichen Polizeidirektion Essen ist verhältnismäßig jung. Noch in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts wurden die polizeilichen Dienstgeschäfte im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk durchweg von den Gemeindebehörden wahrgenommen.

Diese Vielheit der Behörden in den räumlich immer mehr miteinander verwachsenden Städten und Landgemeinden stellte sich je länger desto merkbarer als ein Nachteil heraus. Es kam hinzu, daß mit dem steten Aufblühen der Metall- und Bergwerksindustrie nicht nur ein außerordentlich reger Zuzug von auswärts, darunter sehr vieler fremdsprachiger Ausländer, sondern auch ein häufiger Wechsel des Wohnsitzes dieser Hunderttausende stattfand, und alles dies bedurfte einer sorgfältigen polizeilichen Überwachung. Aus dem gewaltigen Anwachsen der polizeilichen Aufgaben heraus erwies es sich daher als notwendig, an einigen Stellen die Verwaltung der Polizei zusammenfassender und einheitlicher zu gestalten, und so wurde nach langwierigen Vorverhandlungen zwischen den beteiligten Staats- und Gemeindebehörden am 1. Juli 1909 u. a. auch in Essen eine Königliche Polizeidirektion eingerichtet.

Sie umfaßte die Stadtkreise Essen und Oberhausen, die zum Landkreise Essen gehörige Stadtgemeinde Steele sowie die Landbürgermeistereien Borbeck, Altenessen, Stoppenberg, Rotthausen und Kray-Leithe, ebenfalls sämtlich im Landkreise Essen; es handelte sich hierbei um eines der am dichtesten besiedelten Gebiete des Industriebezirks. Nicht hineingenommen in das Verwaltungsgebiet der Polizeidirektion wurde der südliche Teil des Landkreises Essen, da hier bei dem mehr ländlichen Charakter und der verhältnismäßig dünnen Besiedelung die vorhandene Königliche Gendarmerie in Verbindung mit der Gemeindepolizei als ausreichend angesehen wurde.

Bereits am 1. April 1910 vergrößerte sich der Polizeibezirk durch Eingemeindung der Landgemeinde Rellinghausen und eines Teils der Gemeinde Fulerum in die Stadt Essen, sowie durch Eingemeindung der Landgemeinde Alstaden und von Teilen der Landgemeinde Dümpten und des zur Stadt Mülheim a. d. Ruhr gehörigen Bezirks Styrum in die Stadt Oberhausen. Am 1. April 1915 kamen noch die Landgemeinden Bredeney und Haarzopf durch Eingemeindung nach Essen hinzu.

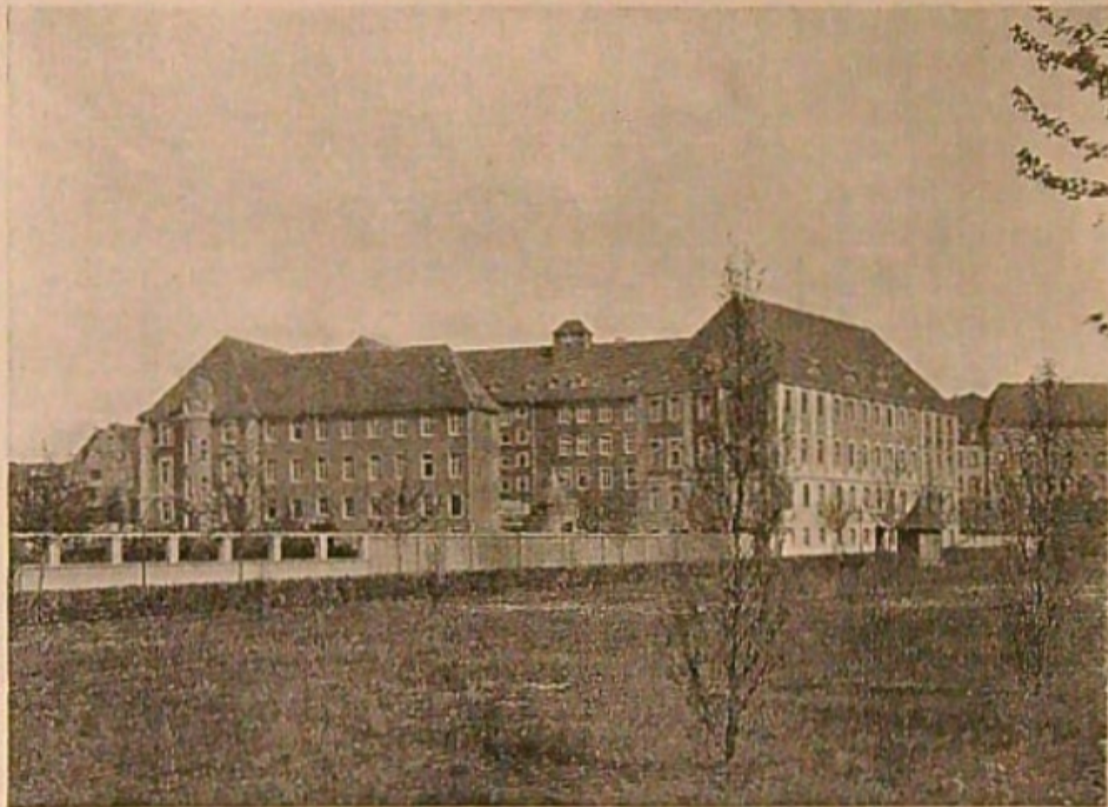
Der Bezirk der Polizeidirektion ist heute etwa 18170 ha groß und hatte nach der letzten Personenstandsaufnahme rund 701700 Einwohner. Er ist eingeteilt in 27 Polizeireviere und 11 Kriminalpolizeireviere; außerdem bestehen noch 1 politisches, 1 Sitten- und 1 Gewerbekommissariat, 7 Revier-Nebenstellen, 2 Polizeigefängnisse (1 in Essen, 1 in Oberhausen), 3 berittene Wachen (2 in Essen und 1 in Oberhausen) und 2 Sittenstationen (1 in Essen, 1 in Oberhausen).

Die Zahl der Beamten der Schutzmannschaft betrug im Gründungsjahr 664 und ist jetzt auf 843 gestiegen. Bei der Direktion selbst sind zurzeit 124 Beamte eingestellt; außer ihnen sind augenblicklich noch über 100 Beamte des Außendienstes in dem neuen Dienstgebäude mituntergebracht.

Baugeschichte.

Es war seinerzeit nicht leicht, für die neue Behörde mit der großen Zahl von Beamten geeignete Diensträume zu beschaffen. Staatliche Gebäude standen nicht zur Verfügung, die Unterbringung erfolgte daher in Mieträumen, und zwar zuerst in den Häusern Pferdemarkt 2/4 und Kronenstraße 1 und 3. Schon bald genügten diese Räume nicht mehr, und es mußten weitere Räume in den Häusern Viehofer Str. 49 und Viehofer Platz 12 angemietet werden. Daß dabei dem in Essen herrschenden Mangel an brauchbaren Räumen auch solche mit hinzugenommen wurden, die weniger schön waren, und alle zusammen mit der Zeit weder der Größe des Bezirks entsprachen noch die Geschäftsführung erleichterten, ließ sich nicht vermeiden. Die Frage der Errichtung eines eigenen Dienstgebäudes, die von vornherein in Aussicht genommen war, drängte daher zur Entscheidung. Immerhin verging noch eine Reihe von Jahren, bis zunächst eine Klärung über die Wahl des Bauplatzes erfolgte.

Im Jahre 1910 fanden die ersten Verhandlungen darüber zwischen den Staats- und den städtischen Behörden statt. Die fiskalischen Grundstücke des früheren Land- und des Amtsgerichts in der Altstadt, die nach dem Auszuge der Behörden verfügbar wurden, kamen als zu klein und aus wirtschaftlichen Gründen – es hätten die noch einen verhältnismäßig hohen Wert darstellenden Baulichkeiten abgerissen werden müssen – nicht in Betracht. Seitens der Stadtverwaltung Essen, die an der Wahl des Grundstücks lebhaft mitinteressiert war, wurde eine größere Zahl von Vorschlägen gemacht, teils in der Altstadt, teils in den neueren, südlich gelegenen Stadtteilen. Nach mancherlei, sich über 2 volle Jahre erstreckendem Hin und Her verblieb



Ansicht von Süden

unter Berücksichtigung der Preisfrage, der Bebaubarkeit und der Verkehrslage als geeignetster ein Platz auf dem Gelände des früheren, von der Stadt Essen angekauften Haumannhofes, der in den Jahren vorher in großzügiger Weise für die Bebauung aufgeteilt worden war und auch schon die Baustellen für die neuen Gerichts- und Gefängnisgebäude abgegeben hatte.

Begrenzt von 3 Straßen, Hufeland-, Virchow- und Weyer- (jetzt Büscher-) Straße, schräg gegenüber dem Gerichtsgebäude und mit einer Seite nach dem großen schönen Haumannplatz zu war die Lage an sich für ein größeres öffentliches Gebäude recht gut und auch, da vom Hauptbahnhof aus mehrere Straßenbahnlinien in etwa 10–15 Minuten hinführen, hinsichtlich der Erreichbarkeit für das Publikum ohne Bedenken. Zudem bot für den inneren Geschäftsverkehr der Staatsbehörden die Nähe des Gerichts und des Untersuchungsgefängnisses wesentliche Vorteile.

Der Kaufvertrag wurde im Januar 1913 abgeschlossen; der Fiskus bezahlte 360960 M , wovon 22560 M auf Straßenbaukosten entfielen, die damit endgültig getilgt sein sollten. Bei einer Grundstücksgröße von 8184 qm – rd. 577 Quadratruten – stellt sich der Einheitspreis für letztere durchschnittlich auf rd. 625 M . Im Vergleich zu andern für unmittelbar benachbarte Grundstücke – allerdings mit starker baupolizeilicher Ausnut-



Ansicht von Westen

zung, $4\frac{1}{2}$ stöckige Mehrfamilienhäuser – gezahlten Beträgen bis über 800 M für die Quadratrunder ist der Preis als angemessen zu bezeichnen, er bleibt aber wesentlich unter den Preisen für die in der Innenstadt gelegenen, mit zur Wahl angebotenen Grundstücke, die zum Teil noch über 2000 M für die Quadratrunder hinausgingen.

Im Juli 1912 erging der ministerielle Auftrag zur Aufstellung des ausführlichen Entwurfs und Kostenanschlags an Hand eines im Ministerium der öffentlichen Arbeiten von Herrn Geheimen Oberbaurat Fürstenau gefertigten Vorentwurfs. Auch die Entwurfsbearbeitung wickelte sich nicht glatt ab. Neben weitgehenden Wünschen der Stadtverwaltung hinsichtlich der architektonischen Durchbildung – die Stadt hatte sich im Grundstückskaufvertrag ein entsprechendes Zustimmungsrecht vorbehalten –, ferner den aus der Anordnung eines Eckvorplatzes mit nicht gerade günstiger Fluchtlinienführung erwachsenden Schwierigkeiten gab vor allem die Frage, ob ein größeres Polizeigefängnis mit zu erbauen sei oder nicht, Anlaß zu wiederholten Umarbeitungen sowohl des Vorentwurfs als auch des ausführlichen Entwurfs. Die zunächst vorgesehene Beschleunigung aller Vorarbeiten – um im Rechnungsjahre 1913 noch mit der Bauausführung beginnen zu können – wurde im Nov. 1912

wieder aufgegeben; trotzdem gingen Ende November sämtliche Entwurfsstücke fertig zur Prüfung an die höheren Behörden ab.

Nach Ruhen der Baufrage bis Ende März 1914 – während dieser Zeit war die Prüfung des Entwurfs durch Regierung und Ministerium sowie seine Begutachtung durch die Akademie des Bauwesens erfolgt – wurde von neuem der Auftrag erteilt, unter Berücksichtigung der Prüfungs- und gutachtlichen Bemerkungen die Ausführungszeichnungen zu fertigen, die Bauausführung in die Wege zu leiten, die Vorplatzfrage durch Verhandlungen mit der Stadt zu klären usw. In diese Tätigkeit fiel der Kriegsbeginn mit der vollständigen Umwälzung aller geschäftlichen Verhältnisse, für die es keinerlei sichere Anhaltspunkte mehr gab. Es kamen Erwägungen, ob von der Bauausführung wegen des Krieges überhaupt Abstand zu nehmen sei, dann gegenteilige, ob mit Rücksicht auf eine etwa in Essen bestehende Arbeitsnot unverzüglich der Bau zu beginnen sei. Dies wurde im September 1914 einstweilen dahin geklärt, daß im Rechnungsjahre 1914 noch die Erd- und Fundierungsarbeiten bis höchstens Erdgleiche ausgeführt werden sollten.

Es würde zu weit führen, im einzelnen noch die verschiedenen Anordnungen und Gegenanordnungen zu erwähnen, die ohne Zutun der Bauverwaltung auf den Baufortgang wesentlich einwirkten; es mag genügen, kurz zu sagen, daß es bald schneller, bald sehr viel langsamer ging (bis fast zum völligen Stillstand), je nachdem einerseits mehr Rücksicht genommen wurde auf die immer unhaltbareren Zustände in den angemieteten Geschäftsräumen und das Ablaufen der Mietverträge oder andererseits auf die unvorhergesehene lange Kriegsdauer, die Geldlage und die teils freiwillige, teils zwangsweise Einstellung aller nicht unbedingt notwendigen Bauten durch die zuständigen Staatsbehörden bzw. die Generalkommandos.

Waren die Schwierigkeiten bei der Wahl des Bauplatzes sowie bei den vorbereitenden Arbeiten schon nicht gering, so sind diese noch als unerheblich zu bezeichnen im Vergleich zu denen, die sich der Bauausführung als solcher in den Weg stellten. Die Unzuträglichkeiten in der Beschaffung der Baustoffe, veranlaßt durch Beschlagnahmen, den Wagenmangel und häufigere Gütersperren usw., ferner der Arbeitskräfte, von denen immer mehr zum Kriegsdienst oder zum Hilfsdienst in Kriegsbetrieben eingezogen wurden, wuchsen gewaltig. Waren einmal reichlich Baustoffe da, dann fehlten die Arbeiter; hatte die Bauverwaltung es durch unausgesetzte Einwirkung auf die Unternehmer glücklich erreicht, daß diese mehr Arbeiter stellten, dann



Blick auf die Baustelle

mußten oft wieder welche fortgenommen werden, weil es an Materialien mangelte. Und wie schwierig es hier für die Privatunternehmer und Handwerksmeister in der Kriegszeit geworden war, die Arbeiter zu halten, ist ja genügend bekannt. Wenn sie nicht außerordentlich hohe Löhne und dann noch alle denkbaren Vergünstigungen in der Lebensmittelversorgung bekamen, gingen sie einfach fort zu Krupp oder einem andern Kriegsbetrieb, wo sie alles in Hülle und Fülle erhielten. Und das schlimmste war, daß namentlich die tüchtigen handwerksgerechten Leute immer seltener wurden, so daß es vielfach unmöglich war, so tadellose Arbeit zu bekommen, wie sie in Friedenszeiten von den Unternehmern als etwas Selbstverständliches verlangt wird. Die Bauverwaltung mußte manchmal ein oder gar beide Augen zudrücken und zufrieden sein, daß der Bau überhaupt weiterging.

Mit den Bauarbeiten, d. h. der Ausschachtung, wurde im Dezember 1914 begonnen. Bereits beim Ausheben der Probelöcher zur Bodenuntersuchung wurde ermittelt, daß der Baugrund nicht an allen Stellen gleichmäßig und gut war. Besonders auf dem Südostteil des Grundstücks zogen sich in größerer Tiefe umfangreiche fließartige Lehmsandebenen hin, die zum Teil bei anhaltendem Regenwetter im hohen Grundwasserstrom

lagen und außerdem wenig tragfähig waren. Es mußten daher aus Sicherheitsgründen an den schlimmsten Stellen zwei unter ganzen Gebäudeteilen durchgehende Eisenbetonplatten ausgeführt werden, und zwar unter dem Zentralheizungskeller und unter dem südlichen Teil des Wohnungsflügels. Ferner wurden hier, wo auch der Kellerfußboden tiefer lag als im übrigen Gebäude, Sickerrohrleitungen zum Abfangen des Drängewassers angelegt. Sonstige Vorbeugungsmaßnahmen, insbesondere Abdichten der tieferen Keller gegen Grundwasser erwiesen sich nicht als nötig.

Abgesehen von den durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen, oben geschilderten Erschwernissen traten auch sonst noch unliebsame Verzögerungen in der Bauausführung ein, z. B. längere Regenzeiten und im Winter 1916/17 der monatelang bis ins Frühjahr hinein andauernde starke Frost. Die ursprünglich zum 1. 10. 1916 beabsichtigte Fertigstellung kam schon bald nicht mehr in Frage, doch sollte möglichst dahin gestrebt werden, bis zum 1. 10. 17 fertig zu werden, da die abgelaufenen Mietverträge zunächst nur bis dahin verlängert wurden. Auch dieser Zeitpunkt ließ sich trotz aller Bemühungen für das Hauptgebäude nicht einhalten. Im September 1917 konnten nur der Polizeipräsident und ein Polizeiinspektor in die einigermaßen fertiggestellten Dienstwohnungen einziehen. Bis Mitte März 1918 waren dann auch die eigentlichen Diensträume wenigstens so weit fertig, daß die Behörde ihren Umzug bewerkstelligen konnte. Es waren zwar noch manche Restarbeiten rückständig, aber diese hinderten den Einzug nicht, der wegen Ablauf aller Mietverträge unbedingt bis zum 1. April 1918 erfolgen mußte. Damit war trotz der Kriegszeit ein Bauwerk zu einem leidlich glücklichen Abschluß gelangt, auf das viele in mangelhafter Weise untergebrachte Beamte gewiß manchmal sehnsüchtig gewartet haben, und das zweifellos mit an erster Stelle zu den dringlichsten mittelbaren Kriegsbauten gehörte.

Beschreibung der Bauanlage.

Bei der Aufstellung des Entwurfs wurde nach Maßgabe des vorliegenden Bauprogramms wesentliche Rücksicht genommen auf die Wünsche der Stadtverwaltung, welche seinerzeit für diese Gegend einen Bebauungswettbewerb veranstaltet und danach die Fluchtlinien des Grundstücks an der Nordostecke mit einem vorplatzartigen Einsprung festgesetzt hatte. Es ergaben sich daraus 2 Hauptbaugruppen: das eigentliche Polizeidienstgebäude an dem genannten Vorplatz, der Hufeland- und

Virchowstraße, sowie zweitens der kleinere Wohnungsflügel an der Büscherstraße (nach dem Haumannplatz zu) und zwischen beiden ein kleinerer Verbindungsbau.

Wenn bei der Festsetzung der Fluchtlinien von der Ansicht ausgegangen war, daß das Städtebild hier mit den abschließenden Wandungen des zu errichtenden öffentlichen Gebäudes eine platzartige Wirkung haben würde, so stellte sich das schon bei Anfertigung des Baumodells, besonders aber nach Ausführung des Gebäudes selbst als irrig heraus. Der Vorplatz mit den kurzen Gebäudefronten ist wesentlich zu klein und hat infolge der nach beiden Seiten hin anschließenden breiten Straßen mit Grünanlagen viel zu wenig Zusammenhang mit den vorhandenen andern Gebäudefronten, um überhaupt bei dem Beschauer den Eindruck eines Platzes hervorzurufen. Immerhin geben die einfach geliederten Baumassen mit ihrer ruhigen Umrißlinie sowohl von der Zweigertstraße als auch vom Haumannplatz her dem Straßenbild einen gewissen nicht ungünstigen Abschluß.

Der Hauptbauteil wurde wie das Landgericht und der gegenüber liegende Baublock von Miethäusern viergeschossig, die südlich anstoßenden Flügel wurden dreigeschossig angelegt, so daß damit ein Übergang zu der niedrigeren Bauweise des anschließenden Villenstadtteils

gewahrt wurde. Die Architektur des Gebäudes — in Spätrenaissanceformen — ist im allgemeinen einfach und schlicht gehalten, doch wurde, den Wünschen der Stadtverwaltung entsprechend, an den Vorplatzfronten, an der Büscher- und der Hufelandstraße eine weitgehendere Verwendung von Werkstein im Sockel- und Erdgeschoß, ferner in Pfeilerstellungen, Gesimsen, Fensterumrahmungen mit reicheren Verdachungen usw. durchgeführt. — Die Gesamtbauanlage gruppiert sich um 3 Innenhöfe.

Das Hauptgebäude umfaßt außer dem Keller größten-



Haupteingangsballe

teils 4 Vollgeschosse. Im Erdgeschoß, links vom Haupteingang am Vorplatze, folgt dem Pförtnerzimmer die Hauswache, die Botenmeisterei und gegenüber die Fernsprechzentrale, rechts befinden sich die Kassenräume. Der in der Mittelachse des Hauptgebäudes im I. Obergeschoß gelegene Sitzungssaal hat Anschluß an das Arbeitszimmer und die Wohnung des Polizeipräsidenten. An die im Vordergebäude befindlichen Räumlichkeiten schließen sich zweckmäßig verteilt an: Die verschiedenen Polizeiinspektionen, das Präsidialbüro, Rechnungsbüro, die Abteilungen 1 bis 8 sowie die Kriminalinspektionen und -reviere. Das im Erdgeschoß an der Virchowstraße gelegene Einwohner-Meldeamt besitzt einen besondern Eingang von dieser Straße her. Es sind in jedem Geschoß ausreichende Reserveräume für spätere Erweiterungen vorgesehen. Die nähere Verteilung der Räume, wie sie beabsichtigt war, ist aus den Grundrissen ersichtlich, doch ist zurzeit wegen des Fehlens vieler eingezogener Beamten und dergl. vorläufig eine hiervon z. T. stark abweichende Belegung erfolgt.

Im Wohnflügel nach der Büscherstraße liegt im I. Obergeschoß die Wohnung des Polizeipräsidenten mit dem Hauptzugang vom Vorplatze aus, sowie einem Nebeneingang von der an der Büscherstraße durch das Untergeschoß führenden Durchfahrt. Im Erdgeschoß befinden sich die Wohnungen des Hauswarts und eines mittleren Beamten, im Untergeschoß die Wohnung des Heizers, der Automobilraum mit kleiner Werkstätte, sowie 3 Zimmer für den Chauffeur. Im II. Obergeschoß sind in Verbindung mit dem Hauptgebäude noch Geschäftsräume vorgesehen. Der hinter dem Wohnungsflügel liegende, vorläufig nach Süden offene Hofraum dient teils als Wirtschaftshof und zur Durchfahrt der Wagen, teils als Garten des Polizeipräsidenten.

Besonders erwähnt mag noch werden, daß an Stelle des fortfallenden Polizeigefängnisses 26 größere und kleinere Vorführungs- und Haftzellen nebst Treppenhaus und besonderen Fluren in dem mittleren Längsflügel des Dienstgebäudes so eingebaut sind, daß sie zwar vollständig getrennt von den Geschäftsräumen und deren Fluren liegen aber doch zur Ermöglichung direkter Vorführungen durch die Gefängnistreppe Verbindung mit jedem Geschoß des Dienstgebäudes haben. Im Dachboden dieses Flügels sind dann noch das photographische Atelier und die zugehörigen Nebenräume vom Erkennungsdienst untergebracht, im Kellergeschoß der Raum für die umfangreiche Sammelheizungsanlage. Zwei Personenaufzüge – 1 davon im Gefängnis – und ein Aktenaufzug stehen für die Vermittlung des

Verkehrs zwischen den Geschossen zur Verfügung, ein weiterer Wirtschaftsaufzug ist für die Präsidentenwohnung eingebaut.

Die Geschosshöhen einschl. Deckenstärken betragen: beim Hauptgebäude im Keller 2,50 m, Erdgeschoß 4,00 m, I. Obergeschoß 4,40 m, II. und III. Obergeschoß je 4,00 m; beim Wohnflügel verringern sie sich im I. Obergeschoß auf 4,10 m, im II. Obergeschoß auf 3,80 m.

Die Bauart schließt sich der hier üblichen im allgemeinen an. Die Mauern massiv in Ziegelsteinen mit Ausnahme der leichten Zwischenwände, die teils in Schwemmsteinen, teils in Zementdielen hergestellt sind, die Decken in Eisenbeton, die äußeren Architekturgliederungen sowie der Sockel der Straßenfronten in Werkstein, und zwar unterer Sockel Granit, sonst Westerwälder Trachyt, der Sockel der Hoffronten in Klinkerverblendung, alle übrigen Flächen verputzt. Als Fußbodenbelag kam in der Hauptsache Linoleum auf Gypsesstrich mit Sandunterbettung zur Ausführung, in den einfacheren Wohnungen z. T. Holzfußboden, in der Präsidentenwohnung und im Sitzungssaal Eichenstabfußboden, in den Küchen, Baderäumen, Aborten sowie in den Erdgeschoßfluren Plattenbeläge und in den Obergeschoßfluren mit Rücksicht auf die zeitige Linoleumknappheit bzw. die außerordentlich hohen Preise einstweilen Zementstrich ohne weiteren Belag. Das Dach ist mit dunkelgrauen Hohlfalzpfeifen gedeckt, für die Klempnerarbeiten kam nur Zink in Frage, da die ursprünglich vorgesehene umfangreichere Verwendung von Kupfer infolge des Krieges und der Beschlagnahme des Kupfers völlig aufgegeben werden mußte. Gemäß der für Staatsgebäude im allgemeinen üblichen Ausführungsweise wurden abweichend vom Ortsgebrauch in allen Wohn- und Geschäftsräumen Doppelfenster hergestellt, nach der West-, Ost- und Südseite durch Stabjalousien geschützt. Die Hauptaustüren wurden in Eichenholz hergestellt.

Die Beheizung erfolgt für alle Bauteile (auch die Wohnungen) durch eine Niederdruckwarmwasserheizung, die zur Ermöglichung eines sparsamen, zweckmäßigen Betriebs eine weitgehende Gruppenteilung erhalten hat, dergestalt, daß je nach Windanfall, Lage der Räume nach den Himmelsrichtungen und dergl. einzelne Gruppen stärker, andere schwächer betrieben werden können. Verbunden mit der Heizung ist eine zentrale Warmwasserversorgung für mehrere Schuhmanns- bzw. Beamten- und Gefangenenbäder, sowie die Wohnungen des Polizeipräsidenten und des mittleren Beamten, wodurch sich die Aufstellung besonderer Badeöfen erübrigte. Eine be-



Haupttreppenhaus

sondere Entlüftung — Mauerkanäle mit Jalousieklappen — haben nur der Sitzungs- und der Unterrichtsraum sowie die Aborträume erhalten. Während bei der Veranschlagung noch mit einer gemischten Beleuchtung (Gas- und elektrische) gerechnet wurde, stellten sich im Laufe der Bauausführungen so gewichtige Zweckmäßigkeits- und Betriebsgründe für eine einheitliche elektrische Beleuchtung heraus, daß nach längeren Verhandlungen eine solche trotz der höheren Anlagekosten ministeriellerseits genehmigt wurde. Lediglich für die Wohnungen des mittleren und der Unterbeamten wurde Gasbeleuchtung gewählt, da hier die Anschlüsse an die übrige elektrische Beleuchtung ganz unverhältnismäßige Mehrkosten erfordert hätten.

Der sonstige innere Ausbau, insbesondere die Malerarbeiten waren schon an sich anschlagsgemäß in recht einfacher Weise vorgesehen. Durch das außerordentliche Steigen aller Preise — dabei sollte zufolge wiederholter ministerieller Anordnung auf größtmögliche Sparsamkeit Bedacht genommen werden — wurde eine weitere merkliche Vereinfachung des Baues, namentlich des inneren Ausbaues herbeigeführt. Manche anfangs beabsichtigte bessere Ausgestaltung im Äußern und Innern mußte aufgegeben werden; fast alle Räume wurden in einfachster Weise hergestellt, nur der Sitzungsraum — der einzige Repräsentations-



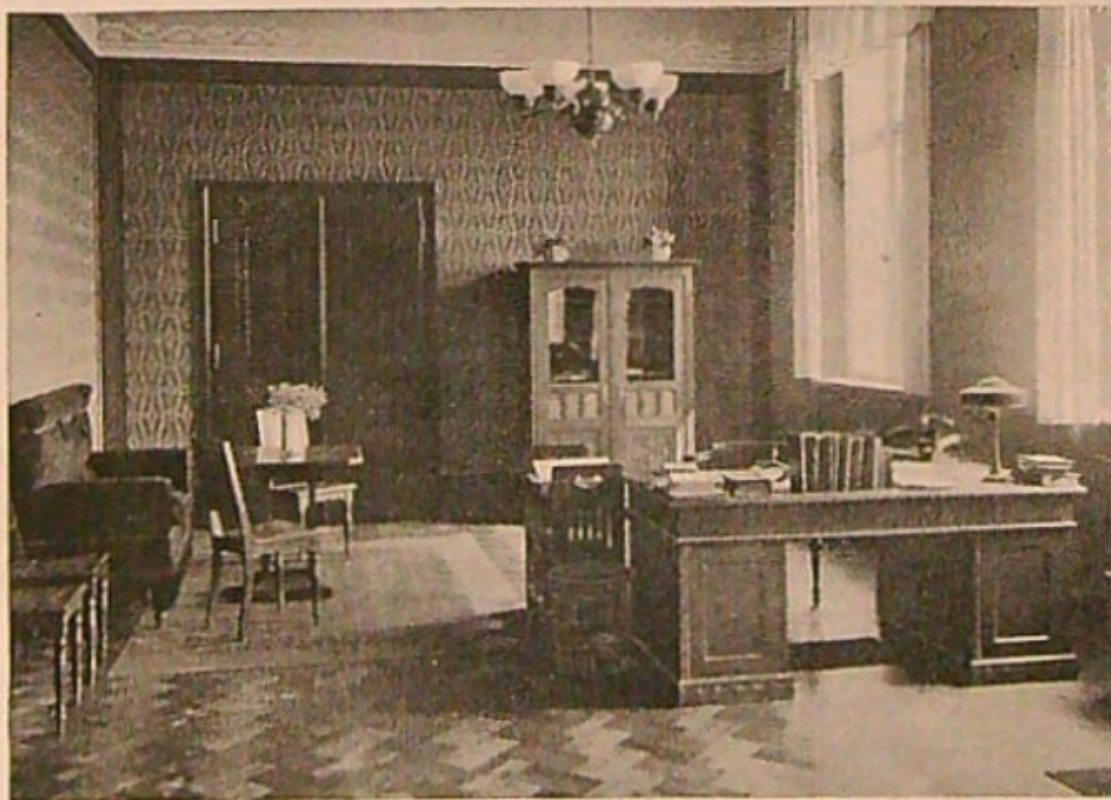
Sitzungsfaal

raum des ganzen Gebäudes – und das Haupttreppenhaus erhielten eine etwas über den reinen Nutbaucharakter hinausgehende Ausmalung bzw. Ausstattung. Um weiter noch an Ausführungskosten zu sparen, ist beispielsweise die teure bildhauerische Bearbeitung der vorläufig nur als Bossen verfertigten äußeren Werksteine vertagt, bis sie sich nach Friedensschluß zu einigermaßen normalen Preisen bewirken läßt. Daß der größte Teil der Flurfußböden aus Ersparnisgründen einstweilen ohne Linoleumbelag bleibt, ist oben schon erwähnt. Auch bei der inneren Einrichtung, wo mancher Beamte vielleicht auf neue bessere Möbel und dergl. gehofft hatte, ist aufs äußerste gespart worden; der Krieg mit seinen gebieterischen Notwendigkeiten geht eben vor, und kleine Unbequemlichkeiten müssen heute als selbstverständlich mit in Kauf genommen werden.

Zum Schluß noch einige statistische und Baueinheiten: Die Gesamtgrundstücksgröße und der Kaufpreis sind an anderer Stelle bereits genannt; nach Abzug der Vorplatz- und Vorgartenflächen (zus. 1369 qm) verbleibt eine Grundstücksnutzfläche von 6815 qm, von denen 3700 qm bebaut sind. Es ist daher für eine nicht unbeträchtliche Vergrößerung des jetzigen Gebäudes in der Zukunft noch genügend Raum. Nach dem ersten ausführlichen Entwurf sollte der Bau einen Rauminhalt von 66270 cbm

haben, nach dem Wegfall des besondern Gefängnisflügels und der entgeltigen Umarbeitung erhielt er 63970 cbm also 2300 cbm weniger. Im ganzen Gebäude sind, abgesehen von den Wohnungen nebst Zubehör, dem Sitzungs- und Unterrichtsfaal, dem Meldeamt sowie den Nebenräumlichkeiten 184 eigentliche Büroräume untergebracht, die 328 nutzbare Fensterachsen aufweisen.

Die Baukosten waren zu 1409000 *ℳ* veranschlagt, wovon 1371000 *ℳ* auf das Gebäude und 38000 *ℳ* auf die Nebenanlagen entfielen. Nach der Umarbeitung, d. h. der Gebäudeverkleinerung, sollten daran rund 44200 *ℳ* gespart werden. Daß bei der längeren Kriegsdauer und den eingetretenen Teuerungsverhältnissen jede Ersparnis ein Ding der Unmöglichkeit wurde, ist ja selbstverständlich; so mußte auch hier trotz der oben erwähnten Vereinfachungen in der Bauausführung je länger je mehr mit dem Eintreten wesentlicher Überschreitungen gerechnet werden, die z. Z. auf etwa 250000 *ℳ* gegenüber der ersten (höheren) Baufumme zu schätzen sind. Ob dies wirklich ausreichen wird, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, da die Abrechnung noch nicht vorliegt und genauere Anhaltspunkte darüber fehlen, welche begründeten Zusatzforderungen einzelne Unternehmer stellen werden, die bei ihren Arbeiten für den Neubau nachweislich Schaden gelitten haben. Es bedeutet das eine durch-



Dienstzimmer des Präsidenten

schnittliche Anschlagsüberschreitung von etwa 18 v H. Dieser im Hinblick auf die heutige Preisgestaltung niedrig erscheinende Satz ist dadurch zu erklären, daß der größte Teil der Rohbau- und ein Teil der inneren Ausbauarbeiten in den ersten Kriegsjahren fest vergeben werden konnten, als die Preissteigerungen noch nicht so gewaltig waren.

Die Kosten der inneren Einrichtung einschl. Umzug der Behördewaren zu 48200,- veranschlagt. Da besonders bei den Möbeln usw. und den Umzugskosten die Preissteigerungen z. T. ganz außerordentlich waren, ist hier trotz zeitiger Nichtbeschaffung vieler Stücke die größte Überschreitung eingetreten. Sie läßt sich ziffernmäßig nicht angeben, da die Abrechnung noch nicht vorliegt, wird aber in einzelnen Abschnitten nach den erteilten Aufträ-



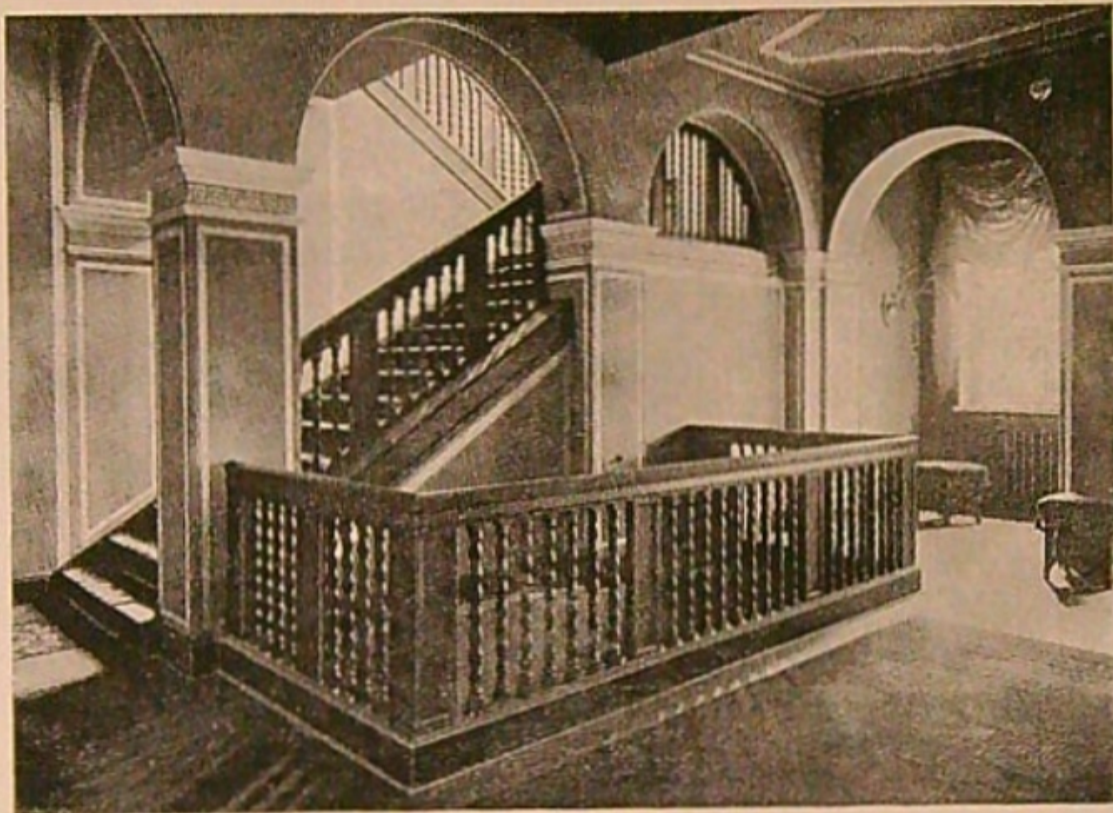
Einwohner-Meldeamt



Polizeikaffe

gen auf 200 bis fogar 300 v. H. zu schätzen fein. – Aus der großen Zahl der Unternehmer und Handwerker, die für den Bau gearbeitet haben – meist aus Essen und Umgebung – seien die hauptsächlichsten hierunter angeführt:

Jäger & Keßler, Essen: Erd- u. Maurerarbeiten bis Erdg. Fußb.
 Moldrings & Fischer, Essen: sämtliche übrigen Maurerarbeiten, Umwehrungen und Pflasterarbeiten.
 J. Freundlieb, Essen: Eisenbetondecken.
 Rhein. Westf. Asphalt-Gesellschaft, Essen: Asphaltarbeiten.
 Gebr. Zeidler, Berlin: Granitlieferung.
 Job. Dill, Weidenbahn: Trachytlieferung.
 Vereinigte Kunststeinwerke, Kupferdreh: Äußere und innere Kunststeinarbeiten.
 Schryen & Co., Essen: Edelputz- und Stuckarbeiten.
 Christ. Longert, Essen: 1. Teil der Stuckarbeiten.
 Kircher & Osterhoff, Essen: Plattenbeläge.
 Math. Fett, Essen: }
 Louis Benninghoven, Essen: } Schmiede- und Schlosser-
 Wilh. Bernhard, Essen: } arbeiten.
 Wilh. Liewerkus, Essen: }
 Heinr. Halbei, Essen: Zimmerarbeiten.
 J. B. Wollseifer, Köln: Dachdeckerarbeiten.
 W. Schwerdter, Essen: Klempnerarb. u. 1. Teil der Installation.
 Otto Degenhardt, Essen: 2. Teil der Installation.
 Fischer & Stiehl, Essen: Zentralheizung.
 Moldrings & Fischer, Essen: }
 Fr. Hinsken, Essen: }
 Guillaume & Wegmann, Duisburg: } Teile der Tischlerarbeiten
 Tischler-Innungsverband, Essen: } und der inneren Einrich-
 Gebr. Heck, Sterkrade: } tung.
 Fritz Kirberg, Düsseldorf: }
 P. J. Adrians, Viersen: }
 Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Essen: Elektrische Anlagen.
 Job. Franz, Essen: Stabfußböden.
 Meining & Fritz, Essen: Roll- und Stabjaloussen.
 Hermann Denkhaus, Essen: }
 Paul Fink, Essen: } Tür- und Fensterbeschläge.
 Hemming & Witte, Düsseldorf: 1. Teil der Malerarbeiten.
 Ernst Sangerhausen, Essen: Glaser- und 2. Teil d. Malerarbeiten.
 Eugen Sonder, Essen: Bleiverglasung.
 H. & L. Freudenberg, Essen: Linoleumfußböden.
 Karl Flohr, Berlin: Aufzüge.
 Denner & Funke, Kassel: Gipsstrichböden.

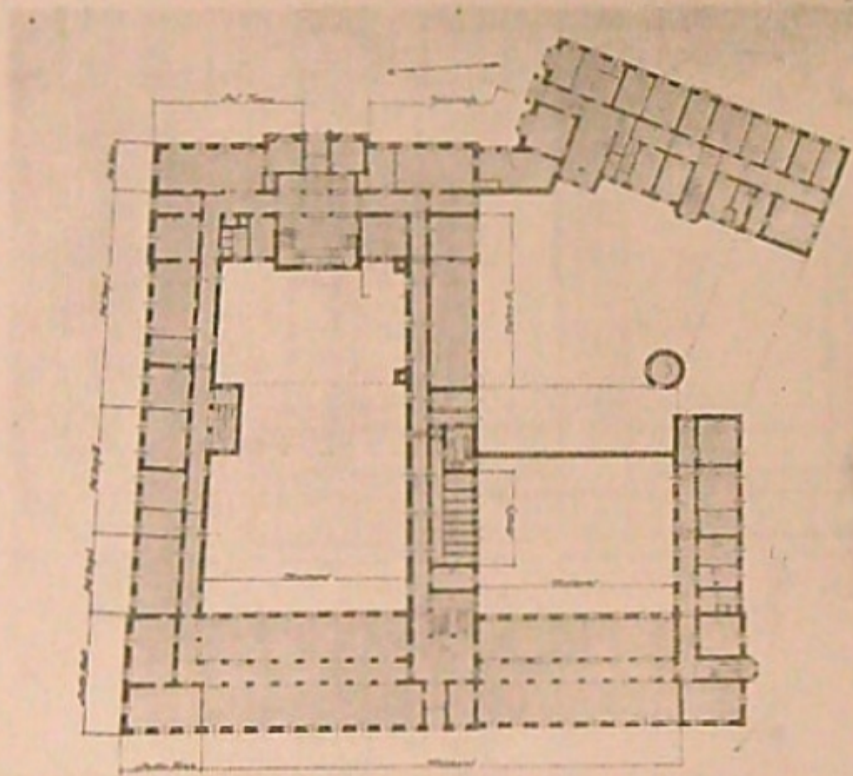


Aufgang zur Präfidentenwohnung

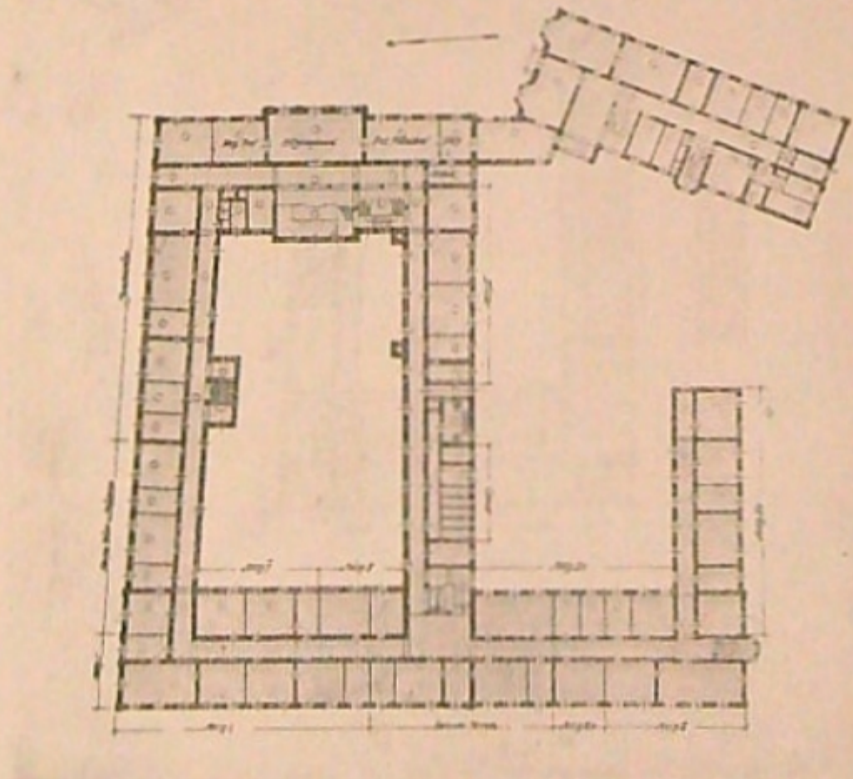
Vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten aus unterstand der Bau dem Geheimen Oberbaurat Fürstenau, der mit reger Anteilnahme den Bau fortgang verfolgte und mancherlei durch die Kriegsverhältnisse entstandene Schwierigkeiten hinwegzuräumen wußte. Die Aufsicht seitens der Königlichen Regierung in Düsseldorf lag nacheinander bei dem Regierungs- und Geheimen Baurat Hagemann sowie den Regierungs- und Bauräten Radloff und Callenberg, die den Bau ebenfalls in dankenswerter Weise durch Anregungen gefördert haben. Dem unterzeichneten Ortsbaubeamten standen bei der örtlichen Bauleitung mit regem Pflichteifer zur Seite zuerst Regierungsbaumeister Schellberg, der bereits unter Geh. Oberbaurat Fürstenau in Berlin an der Planbearbeitung mitgewirkt hatte, dann nach dessen Einziehung zum Heeresdienst Regierungsbaumeister Ostermayer und zuletzt, nachdem dieser aus der Staatsbauverwaltung ausgeschieden war, Regierungsbaumeister Mertens.

Lämmerhirt.
Königlicher Baurat.



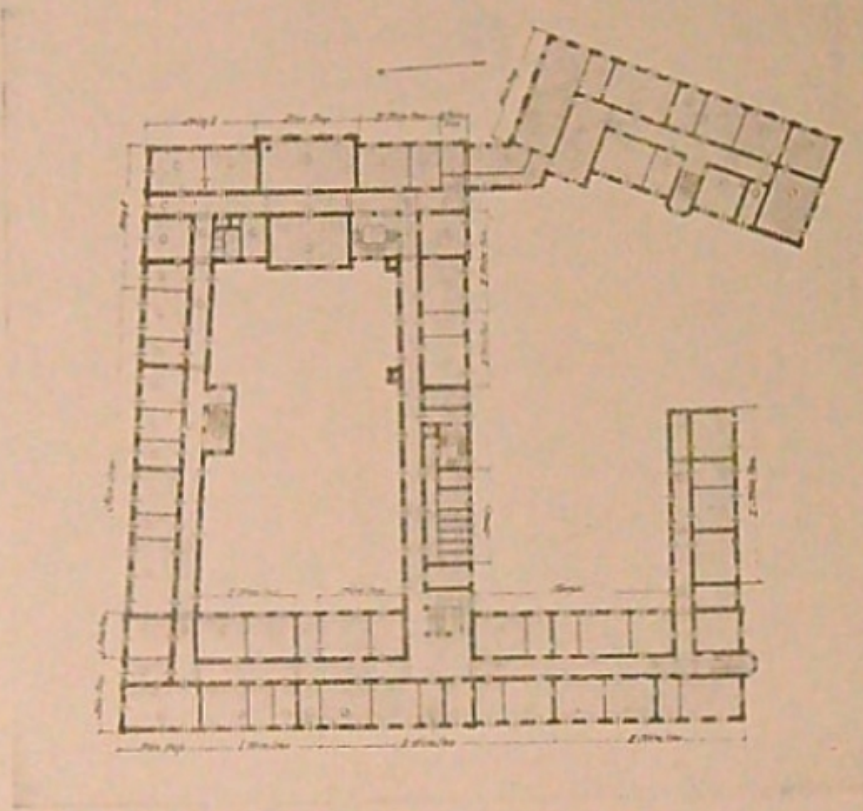


Erdgeschoß



1. Obergeschoß

II. Obergeschoß



III. Obergeschoß

